



WKÖ-Kopf: Abschaffung der Kalten Progression bringt Entlastung auf breiter Basis

Mehr netto für Bürger:innen notwendig – Wirtschaft begrüßt Senkung des Dienstgeber-Beitrags – Energie-Entlastungen für Wirtschaft überfällig

14.09.2022, 13:22



© WKÖ/MAREK KNOPP

Die Abschaffung der Kalten Progression bringt ab nächstem Jahr eine Entlastung auf breiter Basis. WKÖ-Generalsekretär Karlheinz Kopf: "Damit wird eine strukturelle Veränderung im Steuersystem in Gang gesetzt, die gekommen ist, um zu bleiben. Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Einkommensteuer pflichtigen Unternehmern wird dadurch spürbar längerfristig mehr netto in der Tasche bleiben. Das sorgt einerseits bei Unternehmern für mehr Planbarkeit und stützt andererseits die Kaufkraft."

Dieser Effekt ist auch bei den KV-Verhandlungen zu berücksichtigen, insbesondere vor den Hintergrund der Rekord-Inflation, sagt Kopf: "Angesichts der hohen Inflation wird die Abschaffung der kalten Progression einkommenssichernd wirken und damit positive Effekte auf Löhne und Gehälter in Österreich haben."

Positiv sieht die Wirtschaft auch die Senkung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds. Kopf: "Die Inflation treibt die Arbeitskosten in die Höhe. Die im internationalen Vergleich in Österreich hohen Lohnnebenkosten verschärfen diesen Trend noch. Umso wichtiger ist jetzt der Schritt, den Dienstgeberbeitrag zu senken. Mittelfristig müssen hier weitere Schritte folgen."

Was die enormen Teuerungseffekte durch Energie und entsprechende Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft betrifft, betont der WKÖ-Generalsekretär: "Einige Maßnahmen wurden zwar bereits beschlossen, kommen aber in den Betrieben noch nicht an oder es fehlt die finale Ausgestaltung. Die Ankündigung Wirtschaftsminister Kochers, dass der Energiekostenzuschuss in den kommenden Tagen vorliegen wird, ist positiv zu werten. Nach wie vor offen sind aber Maßnahmen wie die Strompreiskompensation oder die Härtefallregelung in Hinblick auf die Einführung der CO2-Bepreisung. So wie den Haushalten muss die Regierung auch den Betrieben rasch und tatkräftig unter die Arme greifen, wenn dauerhafte Schäden und Beschäftigungsverluste in der heimischen Wirtschaft verhindert werden sollen. Vor allem bei KMU muss die Unterstützung rasch ankommen."

Das könnte Sie auch interessieren



WKÖ-Kopf: UVP-Novelle bringt endlich raschere Verfahren, aber auch neue Hürden

Novelle zum UVP-Gesetz greift viele Vorschläge der Wirtschaft [➤ mehr](#)



WKÖ-JW: Junge Unternehmer:innen steuern aktiv durch die Krise

Trotz Ukraine-Krieg und massiver Teuerung wollen junge Betriebe investieren und Personal einstellen

[➤ mehr](#)



Junge Wirtschaft: Tax Freedom Day zeigt dringenden Handlungsbedarf bei Entlastung

JW-Vorsitzende Holzinger: „Unseren Jungunternehmer:innen steht Wasser bis zum Hals“ [➔ mehr](#)